

Tourismus in Bayern – Fit für die Zukunft Fördermodul digitale Barrierefreiheit

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

1. Antragsteller/Antragstellerin

Name		Landkreis
Straße, Haus-Nummer	PLZ	Ort
Rechtsform		
Telefon	Fax	E-Mail

Vertretungsberechtigter

Name	Funktion
------	----------

Ansprechpartner/Ansprechpartnerin

Name		
Telefon	Fax	E-Mail

Bankverbindung

Kreditinstitut	Kontoinhaber
IBAN	BIC

Vorsteuerabzugsberechtigung

Der Antragsteller/Die Antragstellerin erklärt, dass er/sie für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug

berechtigt ist	teilweise berechtigt ist im Umfang von %	nicht berechtigt ist
----------------	---	----------------------

Mittelverwaltung beim Antragsteller

Angaben darüber, in welcher Weise die Mittel beim Antragsteller/bei der Antragstellerin verwaltet werden, insbesondere wie die Verantwortlichkeiten geregelt sind und ob eine getrennte Buchführung gewährleistet wird.

--

2. Beschreibung der Maßnahme

(Es muss ersichtlich sein, welches Ziel und welchen Inhalt die Maßnahme hat. Ggf. kann dies in einer ergänzenden Projektbeschreibung auf einem Beiblatt erfolgen.)

--

3. Beginn und voraussichtliches Ende des Durchführungszeitraums

Beginn:	Ende:
---------	-------

4. Gesamtausgaben

Hinweis: Wenn der Antragsteller/die Antragstellerin für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, sind hier die Ausgaben ohne Umsatzsteuer anzugeben.

	Euro	Gesamtausgaben – lt. nachfolgender Ausgabengliederung
	Euro	davon zuwendungsfähig

Die Gesamtausgaben gliedern sich wie folgt auf:

Hier sind die Ausgabenpositionen gegliedert nach (Entwicklungs-)Beratung (vorbereitend einschließlich Status-Quo-Analyse und begleitend), Erstellung von barrierefreien Inhalten/digitalen Anwendungen, Umsetzung (Implementierung und ggf. Zertifizierung), Schulungen darzustellen.

Mit dem Antrag ist das Beiblatt „Ausgaben- und Finanzierungsplan“ mit entsprechenden detaillierten Ausgabenschätzungen beizufügen.

Ausgabenposition	Euro
Ermittlung des Handlungsbedarfs	
Beratung/Schulung	
Implementierung/technische Umsetzung	
Zertifizierung	
Erstellung von barrierefreiem Content	
Gesamt	

5. Beantragte Zuwendung

Zu den der Zuwendung zugrunde zu legenden Ausgaben gemäß Nr. 4 wird hiermit eine Zuwendung in Höhe von

Euro beantragt.

6. Begründung der Notwendigkeit einer staatlichen Finanzierungshilfe

7. Finanzierung

Finanzierungsplan	Euro
Zuwendung lt. Nr. 5	
Sonstige Beiträge	
Eigenanteil (Eigenmittel und Eigenleistungen)	
Gesamt	

8. Erklärungen

Die unterschriebene DAWi-De-minimis-Erklärung ist dem Antrag beigelegt.

Der Antragsteller/Die Antragstellerin erklärt, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde.

Der Antragsteller/Die Antragstellerin ist in Kenntnis gesetzt, dass

- Vorhaben, mit denen zum Zeitpunkt des Antragseingangs bereits begonnen wurde, nicht gefördert werden können. Als Beginn des Investitionsvorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages anzusehen.
- die Einwilligung zum förderungsschädlichen vorzeitigen Vorhabenbeginn mit der Übermittlung der Maßnahmenbeschreibung sowie der Kalkulation als erteilt gilt. Aus dieser Zustimmung kann kein Anspruch auf eine Förderung abgeleitet werden.

Der Antragsteller/die Antragstellerin ist unterrichtet, dass die Angaben

- über den Antragsteller/die Antragstellerin und den Zuwendungsempfänger,
- zum Subventionszweck und zum Vorhaben, die insbesondere auch zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind,
- zu Ausgaben und Finanzierung des Projekts, insbesondere auch zu anderen Finanzierungshilfen sowie zu Zuwendungen Dritter,
- in den dem Antrag beizufügenden Unterlagen und deren Inhalt,
- zur Verwendung der Zuwendung hier insbesondere unter Berücksichtigung der Zweckbindung ausschließlich für reine bzw. anteilige DAWI-Maßnahmen,
- zur Art und Weise der Verwendung der aus der Zuwendung beschafften Gegenstände und sonstige Wirtschaftsgüter
- zum Beginn des Vorhabens,
- in dem Mittelabruf,
- in den Mitteilungen oder Sachberichten über den Projektstand,
- zu den sonstigen Mitteilungs- und Nachweispflichten des Zuwendungsbescheides

für die Gewährung bzw. Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung und somit subventionserheblich im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch sind.

Der Antragsteller/Die Antragstellerin ist auf die Bestimmungen des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl I 1976, 2034, 2037) in Verbindung mit Art. 1 des Bay. Strafrechtsausführungsgesetzes vom 13.12.2016 (BayRS 450-1-J) hingewiesen worden.

Der Antragsteller/Die Antragstellerin ist weiterhin entsprechend Art. 1 BayStrAG in Verbindung mit § 4 des Subventionsgesetzes (SubvG) unterrichtet, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Dem Antragsteller/Der Antragstellerin ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.

Der Antragsteller/Die Antragstellerin bestätigt die Richtigkeit und Vollständigkeit der im vorliegenden Antrag und in den Anlagen gemachten Angaben. Der Antragsteller/Die Antragstellerin verpflichtet sich, jede Änderung in den gemachten Angaben unverzüglich anzuzeigen.

Der Antragsteller/Die Antragstellerin versichert, dass eine Kumulierung der Förderung mit anderen öffentlichen Mitteln ausgeschlossen ist, d. h. für die Maßnahme nicht andere öffentliche Förderungen, insbesondere aus Mitteln des Freistaates Bayern, anderer Länder, des Bundes, der EU oder aus Fördermitteln eines sonstigen Dritten in Anspruch genommen werden (beispielsweise Digitalbonus Bayern). Dies gilt nicht für öffentliche Darlehen und Bürgerschaften der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der LfA Förderbank Bayern.

Die datenschutzrechtlichen Hinweise in der Anlage wurden zur Kenntnis genommen.

Der Antragsteller/Die Antragstellerin ist damit einverstanden, im Rahmen einer Evaluierung des Förderprogramms im zumutbaren Umfang mitzuwirken.

Ort, Datum

Unterschrift